

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Der Abonnementspreis beträgt monatlich 4 Mark, vierteljährlich 12 Mark; durch die Post bezogen monatlich 5 Mark, vierteljährlich 15 Mark. — Fest- und Geschäftsanzeigen jeder Art werden nicht angenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Karl Schüb; Druck: J. Jansmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Jährl. Bochum, Bismarckstr. 38-42. Telefon-Nr. 53, 89 u. 98. Telegr.-Adr.: Arbeiterband Bochum.

# An die Verbandskameraden!

Im Anschluß an das Lohn- und Ueberschichtenabkommen für das Ruhrgebiet haben Kommunisten und Unionisten eine wüste Hege gegen den Bergarbeiterverband entfaltet. Sachliche Berechtigung hat diese Hege nicht, sie soll nur dazu dienen, die Unzufriedenheit über die herrschenden Teuerungsvhältnisse zu steigern, aus ihr parteipolitischen Nutzen zu ziehen und, wenn irgend möglich,

### verweilte Massen auf die Straße zu treiben,

zu Putzscharen anzureizen, weil von solchem Durcheinander die Möglichkeit erhofft wird, die Gewaltherrschaft nach russischem Muster einzurichten. Um zu diesem Ziele zu kommen, müssen aber Kommunisten und Unionisten vor allen Dingen das Vertrauen der organisierten Arbeiter zu ihren in jahrzehntelanger Arbeit aufgebauten Organisationen und zu deren Führern zerstören!

Mit Gewalt haben diese vor dem Krieg zum großen Teil gar nicht oder halb organisierten Leute in den letzten Wochen Arbeitsniederlegungen erzwungen. Neuerdings schicken sie — wie in Menge — Trupps von Frauen auf die Zeche, um die Stilllegung der Förderung zu erzwingen. Nächstens werden sie wohl, weil sie selbst zu feige sind, die Kinder als Sturmtruppen für den Sowjetgedanken gebrauchen. Irgendwelchen Nutzen kann ein solches Vorgehen der Arbeiterschaft nicht bringen, es kann nur die vorhandenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die Sorge in den Arbeiterhütten vergrößern!

### Die Empörung des Volkes über den herrschenden Wucher

ist berechtigt. Diesem Wucher kann man aber nicht zu Leibe rücken, indem man Kleinhändler zwingt, ihre Waren einige Tage billiger zu verkaufen, bis sie keine Ware mehr haben und neue Ware nicht mehr bekommen können. Dertlich kann die Arbeiterschaft durch ihre Gewerkschaftsarbeit, durch Teilnahme an den Preisprüfungsstellen, durch verständige Zusammenarbeit mit den Preisbehörden manches tun, um den Wucher zu erschaffen und zu unterbinden. Aber das Entscheidende auf diesem Gebiet ist die Unterbindung von Spekulation und Wucher bei industriellen und landwirtschaftlichen Produzenten, sowie die Unterbindung der Spekulation. Hier kann aber nur die Zentrale der Gewerkschaften im Verein mit den sozialistischen Parteien den nötigen Druck auf die Regierung ausüben und auch das kann nur mit Erfolg geschehen, wenn die organisierten Arbeiter im Lande hinter ihrer Zeitung stehen und dadurch deren Einfluß verstärken!

Unser Lohnabkommen erfüllt nicht alle Wünsche der Bergarbeiter, aber niemand wird bestreiten, daß eine durchschüttelte Lohnerhöhung von 290 Mk. einen wesentlichen Erfolg darstellt, der ohne eine starke Organisation nicht erzielt worden wäre. Gewiß wird durch die steigende Teuerung diese Lohnzulage von Woche zu Woche entwertet, aber deshalb sind schon

### neue Lohnforderungen zum 1. Oktober

### Die Spaltungsarbeit der Kommunisten.

Nach Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes ist die Rolle der kommunistischen Partei zu den Betriebsräten sehr stark abgeklaut, was schon äußerlich dadurch erkennbar geworden ist, daß die kommunistische Zeitschrift „Der Arbeiterrat“ umgetauft wurde in „Der kommunistische Gewerkschafter“ und die kommunistische Betriebsrätezentrale umgewandelt wurde in eine kommunistische Reichsgewerkschaftszentrale. Die Kommunisten hatten ganz konsequenterweise eingesehen, daß man mit einer bestimmten Schicht der Arbeiterklasse allein nichts erreichen kann, sondern dazu die gesamte Arbeiterklasse oder doch deren Mehrheit hinter sich haben muß, und sie haben danach gehandelt. Jetzt plötzlich ist in den letzten Wochen erneut eine sehr heftige Liebe der kommunistischen Partei für die Betriebsräte entbrannt. Es liegt auf der Hand, daß diese plötzliche Sinnesänderung mit ganz bestimmten Absichten verbunden ist. Die Gründe müssen ebenfalls für jeden Einseitigen klar sein. Die kommunistische Partei lebt nicht etwa von praktischer Arbeit, sondern ausschließlich von agitatorischer Verheerung. Durch die bevorstehende Einigung der sozialistischen Parteien ist die Möglichkeit des gegenseitigen Ansehens der sozialistischen Parteien, wovon die kommunistische Partei bis zu einem gewissen Grade gelebt hat, in Zukunft nicht mehr gegeben. Es muß also für sie eine neue Agitationsgrundlage geschaffen werden, und dies soll geschehen durch die Spaltung der dem ADGB angehörenden Gewerkschaften und durch Schaffung kommunistischer Gewerkschaften. Daß dies eine erhebliche Schwächung der Arbeiterklasse bedeuten würde, darüber sind sich die Kommunisten vollkommen klar. Daß kommunistische Gewerkschaften die Lage der Arbeiterklasse nicht heben können, hierüber besteht ebenfalls bei den Kommunisten kein Zweifel. Man braucht aber diese neuen Organisationsgebilde, um sie gegen die freien Gewerkschaften auszuspielen und von diesem neuen Agitationsstoff noch einige Zeit auf Kosten der Kampfkraft der deutschen Arbeiter zu leben. Da man diese schönen Absichten der deutschen Arbeiterklasse nicht so offen sagen kann, versucht man es auf Umwegen und hat sich dazu die Betriebsräte und die Kontrollausschüsse ausgesucht. Es ist jedoch nicht möglich, dauernd seine wahren Absichten vollkommen zu verhehlen, und in der „Roten Fahne“ (Morgenausgabe vom 9. September) wird daher in der hinterhältigen Sprache der Kommunisten die wahre Absicht eingemessen enthüllt. Die Kommunisten wollen, daß der Reichsbetriebsrätegesetz eine Nebenregierung schaffen müsse zur unfähigen Koalitionsregierung, und weiter: „Die Bewegung, die jetzt in Gang kommt, ist von der größten Bedeutung. Sie ist die Massen von den reformistischen Führern.“ Von den reformistischen Führern“ heißt es weiter: „... in der Umfassungsprozess leicht und schnell... aber auch von den feineren Saboteuren werden die proletarischen Massen lösen.“

Die „Rote Fahne“ (Sonntagsausgabe vom 10. September) bringt dann einen Aufruf „An das deutsche und französische Proletariat“. Die französischen Proletarier werden zum revolutionären Kampf gegen die

eingereicht. Was bei ihnen durchgeführt werden kann, hängt aber ebenso wie früher von der Stärke und Geschlossenheit der Organisation ab!

Das Ueberschichtenabkommen war eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Ohne Steigerung unserer Kohlenförderung wäre eine immer größere Einfuhr ausländischer Kohle nötig gewesen, um unsere Industrie aufrecht zu erhalten. Im Juli betrug diese Einfuhr über 1 1/2 Mill. T., es ist eine glatte Unmöglichkeit, weil sie dem schlechtesten Stand unserer Markt solche Mengen von Auslandskohlen zu bezahlen. Mit Sicherheit war deshalb auf Industriefillierungen und Arbeitslosigkeit in großem Umfang zu rechnen. Wist ihr, was Arbeitslosigkeit in der heutigen Zeit bedeutet?

### Arbeitslosigkeit in großem Umfang würde trotz aller nur denkbaren Staatshilfe ungeheure Vergrößerung des Elends bedeuten!

Aber die Hege gegen das Ueberschichtenabkommen wollen ja auch gar nicht euer wirkliches Wohl. Sie wollen das, was sie dummerweise für ihr eigenes persönliches Wohl halten, oder sie wollen einen gewaltsamen Zusammenstoß der Arbeiterklasse mit der bürgerlichen Gesellschaft, weil sie davon die alleinseligmachende Materiepublik erhoffen. Viele von ihnen schreien gegen das Abkommen, weil es ihnen die wilden Ueberschichten,

### weil es ihnen 45 Schichten im Monat verbietet!

Ihr alle wißt ja, daß in den Hochburgen unseres Verbandes die wenigsten wilden Ueberschichten und in denen der Unionisten und Kommunisten die meisten gemacht wurden. Begünstigt haben diese Heben vielfach einen Beschluß auf Verweigerung der Ueberschichten durchgedrückt, um am anderen Tage düllisch die Ueberschichten zu verfahren! Den Drahtzieher dieser Hege, den Kommunisten und Unionisten, geht es vor allen Dingen um

### die Zerklüftung der Gewerkschaften.

Wenn sie eure Führer, die ihr Leben und ihre Gesundheit im Dienst der Organisation aufgebraucht haben, auf das Unverschämteste beschimpfen und verleumben, wenn sie gegen den Verband heben, auch wenn sie zum Teil selbst im Verbands bleiben, so geschieht das in der Absicht, in unserem Verband Einfluß zu gewinnen und auf der nächsten Generalversammlung

### den Verband umzumodeln zu einer Moskauer Zentrale.

Die Kommunisten wollen absolute Abhängigkeit der Gewerkschaften von ihrer Partei und von der Moskauer Zentrale. Die Aufnahmebedingungen der kommunistischen Internationale in Punkt 9 und 10 machen es den Kommunisten zur Pflicht, „Armeen“ des Kommunismus in den Gewerkschaften zu bilden. „Die kommunistischen Zellen müssen der Gesamtpartei vollständig untergeordnet sein.“ Welche Mittel die Kommunisten anwenden sollen, um in die Gewerkschaften einzudringen, sagt ihnen Lenin in seinem Buch über die Kinderkrankheiten des Kommunismus:

Letztlich nur zum Kampf gegen die deutsche „bürgerlich-sozialdemokratische Regierung“. Durch „Losen“ sollen die Proletarier den bürgerlichen Regierungen ein „Koll“ zusetzen. Die Kommunisten wollen, so heißt es in der „Roten Fahne“ wörtlich, nicht ein paar Vorabereitungen, sondern es soll eine noch beständiger energiegeladene Agitation in den Betrieben entfaltet werden, um alle Schlafenden und alle Unschlüssigen aufzurütteln. In großen Kolonnen sollen die Proletarier aller Städte in den Straßen aufmarschieren. Es ist von den Kommunisten zwar zu viel verlangt, gewünscht hätte man aber, auch etwas zu erfahren, was weiter geschehen soll. Doch darauf kommt es ja den Kommunisten überhaupt nicht an.

Für die deutschen Arbeitnehmer ist vielmehr folgendes zu beachten: Sie sollen in durchaus unverantwortlicher Weise von den Kommunisten wieder einmal mißbraucht werden. Für das Geld, das den deutschen Kommunisten aus dem hungernden Rußland aufsticht, wollen diese russischen Stipendiaten Arbeit leisten, und diese Arbeit besteht in der Verherrlichung der heute noch geschlossenen und harten Arbeiterbewegung. In Frankreich ist von den Kommunisten dieses Ziel bereits erreicht. Das französische Proletariat ist gewerkschaftlich und politisch vollkommen zerrissen und kampfunfähig, ist wehrlos den Bestrebungen seiner imperialistischen Regierung preisgegeben. In Deutschland hoffen die Kommunisten ebenfalls dieses Ziel zu erreichen, und wenn es erreicht ist, wird das deutsche und französische Proletariat zum gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus in Frankreich und die bürgerlich-sozialdemokratische Regierung in Deutschland aufgerufen.

Das sind Klipp und Kar die Bestrebungen und Ziele, die die kommunistische Partei mit der Einberufung eines Reichsbetriebsrätekongresses, mit der Bildung von Kontrollausschüssen usw. verfolgt. Es finden sich leider nicht nur einzelne Gewerkschafter, sondern auch Ortsgruppen der Gewerkschaften und sogar Ortsausschüsse des ADGB bereit, aus rein gefühlsmäßiger Einstellung heraus diese gemeingefährlichen Bestrebungen der Kommunisten zu unterstützen. Ihnen allen können nicht eindringlich genug die vorstehenden Tatsachen vor Augen geführt werden, denn wer die Kommunisten bei ihren Bestrebungen unterstützt, macht sich mitverantwortlich an der Schwächung der deutschen Arbeiterklasse. Einmütig müssen vielmehr alle Gewerkschafter und alle Sozialisten den kommunistischen Verrätern entgegenzutreten, die wahren Ziele der Kommunisten aufdecken und jede Gemeinschaft mit diesem kommunistischen Treiben unter allen Umständen und mit allen Mitteln ablehnen. Es geht jetzt um das Wohl und Wehe der deutschen Arbeiterbewegung. Hierbei darf es keinerlei Schwanken geben und jeder Angriff der kommunistischen Partei auf die Gewerkschaften ist rücksichtslos abzuwehren.

### Mißbrauch der Betriebsräte durch die kommunistische Partei.

Die Entwertung der Mark, die fortschreitende ungeheure Teuerung

„Man muß es verstehen, wenn es nötig ist, sogar List, Schleichheit, illegale Methoden, Verschweigen der Wahrheit anzuwenden, um nur in die Gewerkschaftsverbände einzudringen, in ihnen zu bleiben, in ihnen kommunistische Arbeit durchzuführen.“

Daß die Kommunisten nach diesem Lug- und Trugzept verfahren, habt ihr hundertfach selbst festgestellt können! Eine kommunistisch beherrschte Gewerkschaft hätte nach jedem Moskauer Piff einzuschwenken und so zu tanzen, wie Sinowjew befehlt. Was bei der kommunistischen Taktik herauskommt, habt ihr nach der Revolutionszeit und dem Kapp-Putsch genügend erfahren:

### Zerklüftung der proletarischen Einigkeit,

Schwächung des Einflusses der Arbeiterklasse auf Gesetzgebung und Verwaltung statt Stärkung desselben!

Kameraden! In jahrzehntelanger Arbeit, unter Not und Entbehrung, unter unbeschreiblicher Verfolgung durch Unternehmertum und Staatsgewalt

### habt ihr unseren Verband groß und stark gemacht.

Zerklüngen werden die kommunistischen Vexipostel unseres Verbandes nicht, beherrschen werden sie ihn auch nicht, aber ihr dürft auch nicht dulden, daß sie ihn schwächen, daß sie Tag für Tag ihr Gift gegen den Verband und seine Führer verpfeifen, ohne daß ihr

### den Maulhelden die Wahrheit sagt!

Seht euch die größten Schreier an! Fragt sie, wie lange sie organisiert sind und was sie in euren jahrzehntelangen Kämpfen gegen Unternehmerwillkür und Staatsgewalt geleistet haben! Stellt sie, wieviel Ueberschichten sie in den letzten Monaten gemacht haben und führt ihnen deutlich zu Gemüte, daß der Bergarbeiterverband kein Tummelplatz für egoistische Elemente und kein Feld für kommunistische Zellentaktik ist!

Die Arbeit unseres Verbandes, seines eriten wie seines letzten Funktionärs, gilt der

### Abwehr von Sorge und Not vom heim der Bergarbeiter.

gilt dem wachsenden Einfluß der Organisation auf Gesetzgebung und Verwaltung, gilt jedem Fortschritt auf dem Wege zur gemeinwirtschaftlichen Produktion. Diese Arbeit kann nur Erfolg haben, wenn ihr alle jedem Feind geundeter Organisation scharf und unerbittlich entgegentrittet, in solche Kritik statt Nörgelsucht übt und auf diese Weise Macht und Einfluß des Verbandes stärkt!

### Es lebe der Bergarbeiterverband!

Lieber mit seinen Gegnern von rechts und links!

Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands.

erschüttern das gesamte Wirtschaftsleben und damit die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften sowie auch die Unternehmer und deren Vereinigungen. Namentlich werden hiervon auch die Betriebsräte betroffen. Jedoch besteht ein Unterschied, nämlich Arbeitnehmer und Unternehmer können sich den Einflüssen des Wirtschaftslebens gar nicht entziehen, die Betriebsräte dagegen bleiben als Körperschaft davon grundsätzlich unberührt. Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, sei wiederholt, daß die Betriebsräte zwar als Personen, ebenso wie andere Arbeitnehmer auch, sich den wirtschaftlichen Einwirkungen nicht entziehen können, jedoch als gesetzliche Körperschaften sind die Betriebsräte davon nicht beeinflusst. Das Betriebsrätegesetz kann nach wie vor durchgeführt werden, die Betriebsräte können in gleichem Maße ihre Tätigkeit ausüben. Statt nun aber die Betriebsräte als leeren Bol in der Erscheinung flucht freudig zu begrüßen, werden von gewisser Seite Verjüchere unternommen, gerade die Betriebsräte in ihren Grundfesten zu erschüttern. Sie sollen wieder einmal die Wirtschaft übernehmen“ und das soziale und wirtschaftliche Elend der Arbeiterklasse beseitigen. So will es die kommunistische Partei. Diese Zumutung bedeutet eine sehr schwere Bränung der Betriebsrätebewegung. Denn nur was im Sturm besteht, beweist seine Lebensfähigkeit. Es bestehen leider immer noch Zweifel über das Wesen der Betriebsräte oder man will wenigstens diese Zweifel erzeugen. Die Betriebsräte sind keine politischen Arbeiterräte und sie sollen auch niemals diese Rolle übernehmen. Die Betriebsräte sind nicht die Träger der Wirtschaft und werden es niemals sein. Die Betriebsräte sind auch nicht die Vertreter des deutschen Volkes oder auch nur der Arbeiterklasse.

Der 11. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands hat im Juni 1932 in Leipzig zu der Frage „Betriebsräte und Gewerkschaften“ Stellung genommen. Der letzte Absatz der mit großer Mehrheit angenommenen Entschließung lautet:

„Der 11. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands fordert daher alle Betriebsräte auf, mit aller Kraft als gesetzliche und gewerkschaftliche Vertrauensleute für die Durchführung der Forderungen und Ziele der Gewerkschaften einzutreten.“

Sterblich ist unumzählich der Zweck der Betriebsräte festgelegt. Richt deshalb, weil die Gewerkschaften das so haben wollen, sondern vielmehr, weil Entwicklung und Ziel der Arbeiterbewegung dies bedingt. Die Voraussetzung sind starke Gewerkschaften, und ihr Vorhandensein hat erst die Betriebsräte geschaffen, d. h. die im Betriebsrätegesetz enthaltenen Rechte der Arbeitnehmer errungen. Die Betriebsräte als solche sind doch nicht das Ausschlaggebende, sondern allein die Rechte der Arbeitnehmer sind maßgebend. Wenn ohne Betriebsräte von den Gewerkschaften selbst die Rechte des Arbeitnehmers wahrgenommen werden und diese Vertrauensleute in den Betrieben bestimmen, welche das Betriebsrätegesetz durchzuführen, dann würde der Arbeiterklasse dadurch keinerlei Rechte erwachsen. Wollte sich aber die Arbeiterklasse nur auf die Betriebsräte stützen, dann wäre dies gleichbedeutend mit dem völligen

Kommunisten, daß sie ja den Ausbau der Gewerkschaften wollen, aber hieran nichts, denn eine Gewerkschaftsbewegung, die sich von einer politischen Partei oder von Betriebsräten ihre Maßnahmen verschaffen läßt, ist nicht als Wirtschaftsfaktor zu betrachten. Die Gewerkschaften sind daher Verbände, wenn sie diese Erkenntnis außer acht lassen.

Alle Verhandlungen haben diesen Grundcharakter, daß sie von vornherein als alle Streiks, die nicht von den Gewerkschaften geführt wurden, haben ausnahmslos bewiesen, daß die unbedingte Niederlage das Ergebnis gewesen ist. Man kann auch kein noch so guter Betriebsrat jemals etwas ändern.

Es soll nunmehr auf Betreiben der kommunistischen Partei eine „Reichsbetriebsrätekonferenz“ einberufen werden, der eine „Reichsregierung“ gegen die Reichsregierung schaffen und die „eine Arbeiterregierung“ vorbereiten soll. Das Reichsministerium für Arbeit ist das Ziel. Dazu will man die Betriebsräte nachwärtig zwingen. Man trau sich nicht, in öffentlichem Kampf den Gewerkschaften entgegenzutreten und schiebt die Betriebsräte vor. Es geht also ums Ganze. Und für die Betriebsräte. Untertlegen diese den kommunistischen Einflüssen, dann verlieren sie ihren gesellschaftlichen und die Rückendeckung durch die Leute der kommunistischen Gewerkschaften. Die Betriebsräte werden zum Spielball der Unternehmer und damit würden auch die Betriebsräte ihre Rechte preisgeben.

Es und nicht anders ist die Situation. Es gibt nur ein Mittel oder ein Dribbeln. Jedes Schwanken ist gefährlich. Kein Gewerkschaftler und kein Betriebsrat darf das Treiben der Kommunisten unterlassen. Wenn er nicht zum Verräter an der einzigen und starken deutschen Gewerkschaftsbewegung werden will.

Vollständiger verlangt, sie eine Drittelzahlung: Ein Drittel sollen die Arbeiter ernten, ein Drittel soll der Arbeitgeber vorhalten und ein Drittel die Arbeitgeberorganisationen. Das ist aber eine Lösung, die den Interessen der Arbeiter und Arbeitgeber gleichermaßen entgegensteht.

Die Werke sollen unter einer Generalverwaltung mit einer technischen, einer kaufmännischen und einer sozialen Abteilung zusammengefaßt werden. Von einer „Einheitsverwaltung“ könnte man also in dem Sinne reden, daß die Werke getrennt, nach ganz verschiedenen Grundrissen unabhängig voneinander betätigt werden. Die Betriebe sind verbunden, so daß für ihren Betrieb einheitliche Wirtschaftsbeschlüsse und wirtschaftliche Macht der Privatindustrie gegenüber gestärkt werden kann. Von einer Privatlieferung oder dem gegenwärtigen gemeinwirtschaftlichen Wert ist also keine Rede, da kein Pfennig Privatkapital den Werken zugeführt wird. Natürlich werden die Arbeitnehmer aufgeschlossen haben, daß nicht lediglich eine neue Form mit altem Inhalt geschaffen wird, aber auch für die Reorganisation der einzelnen Werke haben die Organisationen ihre Vorschläge, auf deren Durchführung sie bringen werden.

In dem Ausmaß, der sich notwendig mit der Vorlage beschäftigt, wird auch die RPD, mit einem Mitglied vertreten sein. Man darf dann gespannt sein, ob die RPD, an diesem Werk vernünftig mitarbeiten oder ob sie es eben so sabotieren wird, wie sie das bei dem staatlichen Kraftwerk Hannover versuchte.

füßung zu stellen, damit sie mit den Baustoffproduzenten Lieferungsverträge abschließen können.

Der Reichsausschuss für die Rohstoffwirtschaft hat die Rohstoffwirtschaft in diesen Tagen der großen Rohstoffknappheit eine solche Bedeutung beigemessen, daß die Rohstoffwirtschaft sich dem Reichsausschuss angeschlossen hat. Die Rohstoffwirtschaft hat sich dem Reichsausschuss angeschlossen, um die Rohstoffwirtschaft mit solchen Wünschen an die Regierung, die die Rohstoffwirtschaft, wenn möglich, nachzuführen zu können.

Der Reichsausschuss hat die Rohstoffwirtschaft über die notwendige Beschaffung der Rohstoffe für die Rohstoffwirtschaft in diesen Tagen der großen Rohstoffknappheit eine solche Bedeutung beigemessen, daß die Rohstoffwirtschaft sich dem Reichsausschuss angeschlossen hat. Die Rohstoffwirtschaft hat sich dem Reichsausschuss angeschlossen, um die Rohstoffwirtschaft mit solchen Wünschen an die Regierung, die die Rohstoffwirtschaft, wenn möglich, nachzuführen zu können.

**Nichts wissen, aber schimpfen!**

**Von der Umformung der Staatsbergverwaltung.**

Weder die Verhandlungen betreffend die Umwandlung der staatlichen Bergwerke wurde in der Tagespresse eine kurze Notiz veröffentlicht. Das „Ruhr-Echo“ schreibt dazu:

Die Arbeiterbewegung wird mit der größten Aufmerksamkeit den Handel, der sich entfalten soll, verfolgen. Die Angelegenheit, die die preussische Regierung hier betreiben will, kann zur Auslieferung der Staatsbetriebe an das Privatkapital führen, nachdem sie schon die Auslieferung des Staatsgas gegen „angemessene“ Vergütung zulassen möchte. Die Bildung eines neuen Staatsgaswerks, was haben die freien Gewerkschaften dazu zu sagen? Wer sind die „Arbeitnehmer“, die für das Entgelt eines sozialen Fonds „mit außerordentlichen Zuwendungen“ der öffentlichen Versicherung zugestimmt haben? Die Umformung der öffentlichen Versicherung hinter dem Rücken der Arbeiter im Namen sogenannter Vertreter muß verhindert werden, eine Konzeption, wie die geplante, wäre nichts als Vorarbeit für Einnes.

**Rohlenpreise und Wohnungsabgabe.**

Am 30. August d. J. fanden die Verhandlungen des Großen Ausschusses im Reichskohlenrat mit dem Reichskohlenverband über die durch die Gebietsverteilung bedingten Preisveränderungen statt. Zu Anfang wurde ein Antrag, die Abgabe für den Wohnungsbau zu erhöhen, behandelt. Die Zreuhandstellen und auch das Reichsarbeitsministerium beantragten, die Abgabe von 12 M. auf 60 M. pro Tonne zu erhöhen. Zur Begründung wurden folgende Zahlen angegeben. An Wohnungen sind bisher gebaut worden bzw. befinden sich noch im Bau:

Zreuhandstelle	1921		1922		1923	
	Begonnen	Fertiggestellt	Begonnen	Fertiggestellt	Begonnen	Fertiggestellt
Essen	4800	1150	13189	5765	8339	17298
Machen	191	18	473	162	282	442
Waldau	618	351	1536	978	918	1770
Waldenburg	534	318	1372	815	838	1605
Waldenhausen	14	1	56	23	42	115
Walden	265	200	573	438	287	672
Walden	1019	824	2904	1546	1855	3544
Walden	968	501	2704	1798	1736	2994
Walden			669	102	689	1229
<b>Gesamt</b>	<b>8439</b>	<b>3263</b>	<b>23425</b>	<b>11676</b>	<b>14996</b>	<b>29684</b>

a) Die Einnahmen der Zreuhandstellen bis 31. Dezember 1921 haben betragen: aus dem Kohlenfonds 1515 Millionen Mark, aus Reichsvorkäufen 1680 RM., zusammen 3 195 000 000 RM. Die Ausgaben haben folgende Höhe betragen: für 11 676 fertiggestellte Wohnungen je 100 000 RM. = 1 167 600 000 RM., für 12 000 Rohbauten 1921 je 50 000 RM. = 600 000 000 RM., zusammen 1 767 600 000 RM., mithin beträgt der für die Bauperiode 1922 verfügbare Reinertrag 1 427 400 000 RM.

b) Die Durchführung des Bauprogramms 1922 erfordert 1. für die Fertigstellung von 12 000 Rohbauten aus 1921 je 200 000 RM. = 2 400 000 000 RM., für 6239 Rohbauten je 600 000 RM. = 3 743 400 000 RM., zusammen 6 143 400 000 RM.

Verfügbare Summe: 1921: 1 427 400 000 RM., Einnahmen aus dem Kohlenfonds bis 30. 4. 22: 240 000 000 RM., bis 31. 12. 22: 1 070 000 000 RM., bis 31. 3. 23: 400 000 000 RM., das sind zusammen 3 137 400 000 RM., bleiben mithin ungedeckt 3 006 000 000 RM.

**Vollwirtschaftliche Rundschau.**

**Vom Vertrag Stinnes-Lubjatz.**

Wie jetzt bekannt wird, hat Lubjatz bereits zu Sebastian Walter Rathenau den Vertrag, den er jetzt mit Hugo Stinnes geschlossen hat, der VEG und ihrem Generaldirektor Deutsch angeboten. Herr Deutsch hat Verhandlungen über die Idee abgelehnt, mit der auf der Hand liegenden Begründung, wenn ein solcher Vertrag zwischen der VEG und einer französischen Finanzgruppe zustande käme, würden er und Rathenau sich vor den Vorwürfen und Spinnweben der nationalistischen Presse überhaupt nicht mehr retten können.

Dann ist, soviel jetzt feststeht, der Herr Marquis durch Vermittlung der Dresdener an einige andere große deutsche Industrieunternehmen herangetreten. Diesem Stande in diesem Stadium, wie Rathenau und Deutsch, auf dem Standpunkt der Erfüllung und Verwirklichung, sondern waren nationalistisch gestimmt wie Duquet und Hugo Stinnes. Sie wollten nicht zur Lieferung von Gasleistungen an Frankreich beitragen und lehnten den Vertrag ab. Als dann aber Marquis Lubjatz an Stinnes herantrat, so wurde letzterer plötzlich Erfüllungshoffnungen, Rathenau's Erbe und Gewinner von 90 Millionen Goldmark Profit.

Um gerecht zu sein, wollen wir hinzufügen, daß in einer Beziehung Herr Stinnes sich damit treu blieb. Als er auf der Konferenz von Spa den französischen Forderungen ein großes Nein entgegenbrachte und den Einmarsch der Franzosen ins Ruhrgebiet herbeiführen wollte, dachte er wohl schon an die Verbindung deutscher und französischer Schwerindustrie, die er jetzt auf dem Wege über Rathenau gefunden hat. Ein großer, ein tüchtiger, ein weischausender Mann, der Hugo Stinnes, wie geschaffen ein deutscher Nationalheld!

**Zerwas- und Elektrizitätsversorgung im Ruhrrevier.**

Die Zerwasgasversorgung beim Ruhrrevier ist im Ruhrrevier vom Jahre 1903 bis zum Jahre 1914 um mehr als das Doppelte gewachsen. Während 1903 noch insgesamt 4 Tassen nur 1,37 Millionen Kubimeter Zerwasgas hergestellt wurden, hat sich diese Menge, namentlich nachdem die Gewerkschaft Deutscher Kaiser die Zerwasgasgewinnung aufgenommen hatte, auf 43,6 Millionen Kubimeter im Jahre 1910, auf 119 Millionen Kubimeter im Jahre 1912 und auf über 160 Millionen Kubimeter im Jahre 1914 erhöht. Gleichfalls hat die Verwendung von Kohlenwasserstoffen zur Gewinnung von elektrischer Energie fortgesetzt zugenommen. Insgesamt wurden gegenüber 366 Millionen Kubimeter im Jahre 1909 1669 Millionen Kilowatt im Jahre 1914 von den Werken und Hütten des Ruhrreviers erzeugt; 223 Millionen Kilowatt allein von der Gewerkschaft Deutscher Kaiser, 210 Millionen Kilowatt von der Aktiengesellschaft Rheinisch-Westfälischer Bergbau und Hüttenwerke. Die Abgabe von Kohlenwasserstoffen für Heizzwecke in Gasverlehnungen hat sich von 1 Million Kubimeter im Jahre 1906 auf 22 Millionen Kubimeter im Jahre 1910 und auf 169 Millionen Kubimeter im Jahre 1915 erhöht. Die Stadt Barmen ging im Jahre 1910 wegen dauernder Verengung ihrer Gasversorgung gegen über, Kohlenwasserstoffe von der Gewerkschaft Deutscher Kaiser zu beziehen. Es folgten die Städte Reumühl, Hamborn, Oberhausen, Mühlheim-Kuhr und andere. Die Kohlereien der westfälischen Zechen, die auch untereinander durch Fernleitungen verbunden sind, lieferten im Jahre 1917 mehr als 300 Mill. Kubimeter Kohlenwasserstoffe für Heizzwecke.

Eine noch größere Ausdehnung haben die elektrischen Fernleitungen des Ruhrreviers, die an Kohlereien angeschlossen sind, erfahren. Auf der rechten Rheinseite lieferten vier große Überlandzentralen — das Westfälische Verbands-Elektrizitätswerk in Dortmund, die Zentralen „Westfalen“ in Bochum und „Ruhr“ in Hagen i. W. sowie das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk in Essen —, die mit Kohlenwasserstoffen betrieben werden, im Jahre 1917 allein über eine Milliarde Kilowatt Strom gegenüber 240 Millionen Kilowatt im Jahre 1911. Auf der linken Rheinseite betreiben diese Versorgung die Kraftwerke „Horstmann“ bei Bergheim a. d. Eifel (zurzeit in bedeutender Vergrößerung befindend) und „Ahnert“ bei Weisweiler, sowie auch das Kraftwerk an der Löffel-Talferre. Im Jahre 1919 betrug die Erzeugung des rheinisch-westfälischen Bergbaubetriebs an Zerwasgas 753 Millionen Kubimeter, an elektrischer Energie 1875 Mill. Kilowatt gegenüber 212 Mill. Kubimeter und 1448 Mill. Kilowatt im Vorjahre 1918. (Ziff. Blg.)

**Merkt's euch!**

Wenn nie ein leerer Magen knurrt,  
Wer taub ist, wenn der Arme murr't,  
Wer einen vollen Beutel hat,  
Den Kurs studiert im Börsenblatt,  
Wer im lackierten Auto fährt,  
Wer Kaviar und Aal verzehrt,  
Wer in der Bar die Nacht verbringt  
Und Sekt mit Halbweildamen trinkt,  
Wer feiert in einer Villa wohnt  
Und sich behaglich pflegt und schont!  
Wer sich mit Edelsteinen schmückt  
Und sich vor jeder Arbeit drückt,  
Wer gaunert, wuchert, schiebt und spielt  
Und um den Lohn den Fleiß bestiehlt,  
Der wird im zeitigen Geschehen  
Uns Proletarier nie verstehen.

Ein solcher Mann ist unser Feind.  
Soll er noch lange leben?  
Wir können ihm nur einsponieren.  
Wenn uns ein Ziel, ein Wille ein!  
Viktor Ralnowski

**Beißt sie nicht an!**

„Was sagten Sie dem Manne eben?“  
„Ich sagte ihm, er solle sich beeilen.“  
„Was berechtigt Sie, ihm das zu sagen?“  
„Ich bezahle ihn, damit er sich beeilt.“  
„Wieviel zahlen Sie ihm?“  
„Zwei Dollar täglich.“  
„Woher nehmen Sie das Geld, um ihn zu bezahlen?“  
„Ich verkaufe Zigaretten.“  
„Wer macht die Zigaretten?“  
„Ich.“  
„Wieviel Zigaretten macht er?“  
„Zwanzigtausend Stück täglich 24000 Stück.“  
„Wo, enthält das Sie im Beutel, sagt er Ihnen das?“  
„Nein, bezahlt Sie umwerthen und ich sage, daß er sich beeilen solle.“  
„Was sagt er, aber ich bezahle die Arbeiter.“  
„Wie haben Sie die Arbeiter bezahlt?“  
„Ich verkaufe Zigaretten und bezahle sie.“  
„Woher macht die Zigaretten?“  
„Ich mache die Zigaretten.“  
„Woher Sie! Sie werden die letzten Stellen auf und bezahlt werden Sie die Zigaretten für sich selber machen wollen.“

**Bauern als Ingenieure.**

In wünschlicher, sich über 30 Monate erstreckender Arbeit haben zwei in der Nähe von Fort Elizabeth in der britischen Kapkolonie ansässige Brüder ein Werk der Ingenieure in der gewöhnlichen Bauweise fertig gestellt, das besser als Great Wall für ihre Zwecke angesehen zu werden. Die beiden Brüder, die hochschulisch Gebildet sind und früher als Köpfe in den Maschinenbau waren, haben ohne jede Unterstützung das Werk fertig gestellt, das nun in der Nähe von Fort Elizabeth in 2 Meilen hoch und eben so breit ist. Als sie von den entgegengegangenen Seiten aus arbeitenden Brüder im Verlauf ihrer Arbeit

zusammenstieß, zeigte es sich, daß die Differenz der beiden Tunnelstrecken nur wenige Zoll betrug, ein Zeichen, wie genau ihre Berechnung gewesen war. Die Brüder haben weiterhin ein Werk von 48 Metern geschleift und sind dadurch imstande, ihre Länder zu bewässern und zu ertragreichem Ackerland zu machen.

**Gebirge Erdsäule verfaudet.**

Aus Gorbarg wird berichtet, daß auf Grund von Entdeckungen im Niederrhein bei Gorbarg von einem Hamburger Konsortium unter erheblichen Schwierigkeiten durch Erbsand hindurch in Tiefe von etwa 1000 Meter Erdsäule errichtet worden ist, das in erheblichen Mengen mit der Spülung hochlam und hell brante. Leider konnte nicht verhindert werden, daß der Erbsand die ganze Quelle verschlammte. Man will die Bohrung nun nach anderer Methode versuchen.

**Bücher und Schriften.**

**Der unerschöpfliche Fluss und andere Lebensbeschreibungen.**  
Unter diesem Titel hat Hans Mittel — pardon: Nikolaus Osterroth — im Drei-Ten-Verlag Würzburg eine weitere Sammlung jugendlicher Lebensbeschreibungen herausgegeben. Das auf gutem Papier gedruckte, 108 Seiten umfassende, gut kartonierter Buch ist mit humorvollen Bildern von Grotter illustriert geschmückt. Es kostet 60 M. Wer mal wieder herabfallen will, greife zu diesem Bündchen. Fast in jeder kleinen Geschichte treibt der jugendliche Dausnidel sein Wesen. Hier profitiert er beim Schwimmen, der als Kriegesdenkmal entführt werden soll, vor der Entführung eine tote Katze ins Maul und eine Portion Pfefferkörner unter der Unterlippe; dort erzählt er, wie es dem Dausnidel des Kaplans und der Dreifache des Dausniders erging. Wie die Dausnidel den Ballerplatz hineinlegen, indem sie ihn veranlassen, zu dem bei ihm geschlossenen Geheimnis nach Brot, Butter und Wein zu spendieren, ist ebenso unterhaltsam zu lesen wie die „Weberknecht“ oder „Die Raub im Wald“ oder die Erzählung, wie Nidel den nationalliberalen Kandidaten ein paar Stunden weit entführt, damit der rote Pfalzgraf in der nationalliberalen Versammlung reden kann.  
Wir wünschen dem lustigen Dausnidel viele Leser.

**Der Neue Welt-Kalender für 1923**

ist ja eben in der Hamburger Verlagsanstalt Auer & Co. erschienen. Er kostet 30 M., bei den heutigen Preisen nicht viel für das Gebotene. Als ganzseitiges Bild ist das Bild „Neues Leben“ wiedergegeben. Die Bilder, enthält der Kalender eine Anzahl Bildnisse von bekannten Schriftstellern, die im letzten Jahre starben, darunter Otto von Guericke. Ein paar hübsche Erzählungen sind: Rosen aus dem Schnee — die Liebesgeschichte einer einfachen Frau von A. Stempel, und „Jugendvergnügen“ von Franz Lehmann. E. Comrau schreibt über Göttingen und Göttingen, die Dausnidel aus der Republikation; Bruno S. Bürgel plaudert über die neubestimmte Photographie und zeigt Abbildungen von Dausnidel, die in ein oder zwei Laufen bei Göttingen aufgenommen sind. Dausnidel wird auch noch, weil illustriert, die Zusage: „Die Fortsetzung im Dausnidel“, „Dausnidel und die Dausnidel“, der Zufall von Dausnidel-Sohnmann. Auf dem Weg zur neuen Schule“ usw. Natürlich fehlen auch nicht eine Anzahl schöner Gedichte sowie einige gute Humoresken.

tragen verhandelt, wurde der Stimmvertragnicht ertönt, der Vertreter unseres Verbandes ging auch auf letzterlei Bindung ein.

Es ist selbstverständlich, daß die deutschen Gewerkschaften nicht ruhig zusehen, daß Stimmes infolge des Vertrages stetig wachsende Macht bekommt. Die Angebote der deutschen Gewerkschaften und der sozialen Demokratien für den Wiederaufbau haben erneute Zustimmung in Paris gefunden. Foucault ist zu Besprechungen nach Berlin gekommen, um die Beteiligung der deutschen Gewerkschaften am Wiederaufbau zu sichern.

### Soziales Recht - Arbeiterversicherung.

#### Gesetzgebung der Grundlöhne in der Krankenversicherung.

Im Reichsgesetzblatt vom 15. September 1922 erläßt der Reichsarbeitsminister eine Verordnung, die eine Gesetzgebung der Grundlöhne zur Bemessung des Krankengeldes in der Krankenversicherung bringt. Bekanntlich hat der Reichstag durch das Gesetz über Änderung von Selbstbeiträgen in der Sozialversicherung vom 9. Juni 1922 den Reichsarbeitsminister hierzu ermächtigt. Mit Zustimmung des Reichsrats und des sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages kann er also nunmehr die Selbstbeiträge aus dem Verordnungsweg ändern. Als das Gesetz bekannt wurde, hat unser Vorstand sofort am 1. Juli eine Eingabe an den Reichsarbeitsminister gerichtet und ihn darin ersucht, die Grundlöhne zu erhöhen, da ihre letzte Erhöhung auf 60 „Mug“ und 120 „Lann“ nicht den Verhältnissen entspricht. Seit dem 23. Juni, an dem die Bestimmung über die bisher geltenden Grundlöhne in Kraft trat, hat die Selbstentwertung in einem Maße angehalten, daß die nach dem Grundlohn von 120 „Mug“ gewährten Krankengelder entfernt nicht mehr als solche angesehen werden konnten. Die Krankenteiler kamen in eine unhaltbare prekäre wirtschaftliche Lage. Da die Selbstentwertung immer noch anhält, bringt die Festlegung einer bestimmten Summe als Grundlohn nur für eine vorübergehende Zeit Erleichterung. Wir sind deshalb nach wie vor der Ansicht, daß eine andere Regelung der Grundlohnfrage Platz greifen müßte. Unter dem 6. September 1922 hat deshalb unser Vorstand an den sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages folgendes Telegramm geschickt:

„Erfuchen dringend um Heraushebung des Grundlohnes in der Krankenversicherung. Lage der Krankenteiler sehr traurig. Bitten, als Grundlohn durchschnittlichen Tagesverdienst zu bestimmen. Bergarbeiterverband.“

Kamerad Rosemann hat unsere Forderung im sozialpolitischen Ausschuss, der gerade sich versammelt, vertreten. Leider ist sie nicht durchgegangen. Der Ausschuss beschloß, die Höchstgrenze des Grundlohnes auf 180 „Mug“ und die Mindestgrenze auf 500 „Mug“ festzusetzen. Er ging dabei über den Regierungsvorschlag, der eine Erhöhung der Höchstgrenze nur auf 120 „Mug“ vorsah, hinaus. Nachdem nun der Reichstag dem Beschluß des Ausschusses zugestimmt hat, konnte die Verordnung erlassen werden. Wenn die bei der Kasse bisher bestehenden Lohnklassen nicht geändert werden, bedarf es wegen der Erhöhung des Grundlohnes einer Satzungsänderung nicht. Die neuen Grundlöhne können durch Vorstandbeschluss geregelt werden. Soweit unsere Kameraden den Vorständen der einzelnen Knappschaftskassen angehören, ist es ihre Pflicht, schleunigst die notwendigen Beschlüsse herbeizuführen und den Höchstgrundlohn von 500 „Mug“ anzunehmen. Das höhere Krankengeld erhalten diejenigen Mitglieder, deren Grundlohn die bisher bei der Kasse vorzulegende Höchstgrenze übersteigt, vom 14. Tage ihrer Krankheit, während jedoch von dem Tage, an dem der Vorstandbeschluss über die Satzungsänderung in Kraft tritt. Die Versicherungsfälle, die beim Inkrafttreten des Vorstandbeschlusses oder der Satzungsänderung eingetreten sind, werden nach den neuen Bestimmungen behandelt.

#### Änderungen in der Reichsversicherungsordnung

Durch das Gesetz über Änderungen in der Reichsversicherungsordnung sind wiederum einige Paragraphen der RVO. geändert, andere zum Teil gestrichen worden. Was wesentlich für die Versicherenden ist die Änderung des § 1522 anzusehen insofern, als dadurch nunmehr die Reichsinvaliden- oder Hinterbliebenenrente neben dem Bezüge aus der Unfallversicherung voll gezahlt wird, wenn die Invalidität oder der Tod Folge eines unfallbedingungsähnlichen Unfalles sind. Bisher war dies nicht der Fall. Die Renten aus der reichsgesetzlichen Unfall- und Hinterbliebenenversicherung mußten neben der Unfallrente nur so weit gezahlt werden, als ihr Betrag die Unfallrente überstieg.

Die Vorschriften des obengenannten Gesetzes treten, soweit sie die Änderung des § 1522 betreffen, mit Wirkung vom 1. Juli 1922 in Kraft. Ansprüche, über die das Feststellungsverfahren am Tage der Verkündung des Gesetzes (1. August 1922) schweben, unterliegen diesen Vorschriften. Wenn das Oberversicherungsamt oder das Knappschafts-Oberversicherungsamt über diese Ansprüche entschieden hat, ohne die Vorschriften des Gesetzes anzuwenden, weil es sie noch nicht anwenden konnte, so bildet dies einen Revisionsgrund! Sind Ansprüche, die nach Maßgabe der Vorschriften dieses Gesetzes begründet sein würden, ganz oder teilweise rechtskräftig abgelehnt worden oder sind Ansprüche auf Grund der obengenannten Vorschriften des § 1522 der Reichsversicherungsordnung oder entsprechender Vorschriften früherer Jahre rechtskräftig abgelehnt worden, so hat der Versicherungsträger auf Antrag des Berechtigten nach den Vorschriften des Gesetzes zu prüfen und über das Ergebnis einen neuen Bescheid zu erteilen.

Es kommen hier alle Rentenberechtigten in Frage, die durch einen unfallbedingungsähnlichen Unfall 65% Prozent und mehr erwerbsunfähig geworden sind, die Wartezeit und sonstige Bedingungen zur Berechtigung des Bezuges einer Reichsinvalidenrente erfüllt haben. Auch die Hinterbliebenen eines durch einen unfallbedingungsähnlichen Unfall Gestorbenen können die Ansprüche nur so weit erheben, als der Verstorbene Rechte erworben hat. Die Geltendmachung der Ansprüche muß bei dem Versicherungsträger der Reichsinvaliden- und Hinterbliebenenversicherung erfolgen.

### Aus der Praxis.

#### Erhöhung im Thüringischen Schieferbergbau.

Durch freie Vereinbarungen sind ab 1. September 1922 folgende Löhne zum Abschluss gekommen:

Leibau: Felsarbeiter 482 „Mug“, Austerler 481 „Mug“, Förderleute 480 „Mug“, Bohrhammerführer erhalten 3 „Mug“ Zuschlag pro Schicht. Tagebau: Felsarbeiter 480 „Mug“, Förderleute 480 „Mug“, Bohrhammerführer erhalten 3 „Mug“ Zuschlag pro Schicht. Gürtnerbetrieb: Stützteiler über 20 Jahre 480 „Mug“, Jugendliche bis zum vollendeten 15. Lebensjahre 182 „Mug“, bis 16 J. 225 „Mug“, bis 17 J. 276 „Mug“, bis 18 J. 329 „Mug“, bis 19 J. 384 „Mug“, bis 20 J. 433 „Mug“. Arbeiterinnen bis zum vollendeten 16. Lebensjahre 182 „Mug“, bis 20 J. 198 „Mug“, über 20 J. 290 „Mug“. Hammerer im ersten Jahre nach der Lehre bis zum vollendeten 18. Lebensjahre 329 „Mug“, bis 19 J. 384 „Mug“, bis 20 J. 433 „Mug“, über 20 J. 482 „Mug“. Lehrlinge im ersten Lehrjahre 115 „Mug“, im zweiten 150 „Mug“, im dritten 242 „Mug“. Das Kindergeld beträgt für jedes unter 14 Jahren alte Kind 2 „Mug“ pro Schicht.

### Von den Betriebsräten.

#### Eingeklagen ohne Mitwirkung der Betriebsräte sind ungeheuerlich!

Wir geben nachstehend Kenntnis von einer für unsere Betriebsräte äußerst wichtigen Entscheidung und verbinden damit das Ersuchen an unsere Kameraden, sofort und überall auf die Durchführung dieser Entscheidung zu bringen.

Der alte Herr-im-Haus-Standpunkt der Unternehmer kam insbesondere dabei zum Ausdruck, daß sie eine Mitwirkung der Betriebsräte bei Festsetzung von Strafen nicht zulassen wollten, obwohl dieselbe Sache, die Reichsarbeitsminister, der Minister für Handel und Gewerbe wie die wissenschaftliche Literatur sich für unseren Standpunkt aussprechen. In der Arbeitsordnung vom 11. Juli 1921 kam es dann zu folgender Erweiterung des § 22 Ziffer 16 Absatz 2: „Strafen können nur unter Mitwirkung des Betriebsausschusses festgesetzt werden.“ Man erwidert der Streit über die Auslegung der „Mitwirkung“. Unser Verband vertritt natürlich die Auffassung, daß nicht bloßes Anhören der Betriebsvertreter, sondern nur ein gemeinsames Festsetzen der Strafe in Frage komme. Eine Reihe von Gewerbegerichtsurteilen wendete sich aber gegen diesen unseren Standpunkt.

Manchmal habe man solchen Urteilen entgegengehalten und auf eine gewisse Informationserfolgung Entschiedenheiten über die Strafen gestellt. Die erste Kammer des Landgerichts in Trier hat dann in der am 19. Juli 1923 stattgefundenen Verhandlung das bergemehrheitliche Urteil abgelehnt und die Strafe erlassen. Das Urteil lautet:

# Aus dem „revolutionären“ Herentafel.

## Im den Branger mit ihnen! Warum „Kampfen“ Kommunisten und Anarchisten gegen das Ueberarbeiternommen im Bergbau?

Diese Frage ist sicher berechtigt angesichts der Haltung dieser Leute und ihres Anhangs zum vorgenannten Abkommen. Wenn man ihre Forderungen in Verhandlungen hört und wenn man die Gründe liest, die das „Kuh-Echo“ für ihre Haltung jeden Tag anführt, dann kann man sich nicht wundern, daß diese Leute aus ehrlicher Ueberzeugung so handeln, und leider fallen noch so viele Kumpels auf diesen Trick herein und glauben den Forderungen nach. Besteht man sie jedoch bei Licht und vergleicht mal ihre theoretischen Forderungen mit ihrer praktischen Haltung, so entpuppen sich diese Elemente als die erbärmlichsten Kreaturen und Heuchler. Wir haben schon oft behauptet, daß diese Leute die meisten Ueberarbeiternommen verfahren haben, als ein Abkommen nicht bestand, und daß ihre Mitten gegen das Ueberarbeiternommen ist. Das Abkommen bringt eine gewisse Regel, das heißt Ordnung in der Ueberarbeiternommenfrage und den Ueberarbeiternommen werden die Forderungen etwas beschnitten. Diese Herrschaften wollen jedoch von Ordnung nichts wissen, sondern huldigen der Anarchie, d. h. der regellosen Ueberarbeiternommen. Deshalb die Entrüstung. Wir sind in der Lage, einige Probestempel dieser Herren in Reinkultur zu zeigen, und zwar diejenigen, die auf der Zeche Arenberg Fortsetzung sind die Forderung im Kampf gegen das Ueberarbeiternommen angemessen haben. Das Abkommen steht der vollständigen Durchführung im Monat 3% Ueberarbeiternommen vor. Nachfolgende Aufstellung zeigt, wieviel Ueberarbeiternommen diese Herren im August 1922 freiwillig verfahren haben. Diese „Kämpfer“ können jetzt anscheinend nicht genug Ueberarbeiternommen bekommen, deshalb ihr „Kampf“. Die vernünftigen Bergarbeiter werden uns nach Kenntnisnahme von der Aufstellung in der vorstehenden Charakterisierung dieser „revolutionären Kämpfer“ recht geben.

Name	im August verfahrenen Schichten	haben Ueberarbeiternommen	Name	im August verfahrenen Schichten	haben Ueberarbeiternommen
Giersting	36	9	Ruche, Wenzel	21	5
Grundmann	38	11	Breginski	30	3
Wojak	33	6	Kell, August	36	9
Hoss, Ludwig	39	12	Borkenhauer	30	4
Grosch, Johann	31	4	Klein	35	8
Grosch, Carl	33	6	Pinhorn	34	7
Grosch, H. Joh.	36	8	Garhan	38	11
Schwartz	36	9	Barlas	20	5
Jungheuer	36	9	Wrobel	31	4
Menzinger	30	6	Rot	42	15
Winkel, Josef	38	6	Born	40	13
Gesamt	37	10			

Die Gesamtzahl der auf dieser Schichtanlage unter Tage im August 1922 verfahrenen Ueberarbeiternommen betrug 11360 — also fast dreihunderttausend! —, so daß auf die Ueberarbeiternommen fast fünf freiwillig Ueberarbeiternommen kommen. Wir bedauern die Ueberarbeiternommen, die so leichtfertig verfahren werden, die offenbar dem Grundlohn huldigen! Kameraden, merkt die Ueberarbeiternommen und laßt sie uns nicht auskommen! Jeder weitere Kommentar erscheint hier überflüssig.

#### APD und Union im Kampf gegen unseren Verband.

Der systematische Kampf der Kommunisten und Unionisten gilt der Verschlagung oder der Eroberung unseres Bergarbeiterverbandes. Das „Kuh-Echo“ schreibt in seiner Nr. vom 14. Sept. zur Gewerkschaftsarbeit: „Der Charakter und die Tendenz dieser freien Gewerkschaften ist heute ausgesprochen sozialistisch und sozialrevolutionär, das ist eine unbestreitbare Tatsache. Aber gerade deshalb haben die Kommunisten die Pflicht, dieser nächsten Hemmnis der sozialen Revolution zu beseitigen. Diese Beseitigung kann nicht so geschehen, daß die Kommunisten sagen: „Heraus aus den Gewerkschaften“, sondern die Beseitigung der Gewerkschaften als Hindernis der Revolution kann nur so geschehen, daß diese Gewerkschaften erobert werden.“

Wohin der Weg gehen soll, zeigen die folgenden Zeilen: „Und wenn am Jahresabschluss die Wahlen der Orts- und Bezirksvereine vorgenommen werden, wird die Sache der APD, manchen Gewerkschaftsbureauführern bezüglich zu Gemüte geführt werden. Unsere Genossen und auch die Gewerkschaftsbureauführer werden es begreifen, warum wir hier an dieser Stelle nicht ausführlicher werden.“ Welche Hoffnungen die Rostauer auf ihre Tätigkeit im Bergarbeiterverband setzen, dafür sprechen diese Ausführungen:

„Ein Kämpfer für sich bilden der Bergarbeiterverband. Wohl seine freie Gewerkschaft jetzt so offensichtlich im Jahrwasser des Unternehmertums wie diese Organisation. Unersättlich in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist der Verrat dieser „Arbeiterführer“ an der Bergarbeiterschaft. Auf das Konto der Führer dieser Gewerkschaft sind ungezählte Jahre Gefängnis und Justizhaus zu setzen, welche Bergarbeiter von den Klassenrichtern publiziert bekommen. Eine schwere Schuld haben diese Leute auf sich geladen. Ein Verrat nach dem andern, einer schwerer wie der andere. Namenloses Elend haben die Sache, Gue und Konforter über Proletariat gebracht.“

Diese Gewerkschaft führt sich der Reichsänderung nicht, sie schämt sich nicht, unserem Otto Hue, der bis zu seinem Tode einfacher Proletarier, überzeugter Sozialist und Klassenkämpfer war, Treu in das Grab nachzuwerfen. Von der nächsten Generalversammlung erheben diese Leute großen Erfolg für sich, schärfsten Kampf wollen sie führen, um so mehr, als durch den Zusammenbruch der SPD und USF die Kommunisten nunmehr einer einheitlichen reaktionären Masse gegenüberstehen werden.“

Diese Fesseln haben den Mut, uns reaktionäre Tätigkeit vorzuwerfen, während in Wirklichkeit nichts mehr Wasser auf die Mühlen der wirtschaftlichen und politischen Reaktion fließt, wie das Treiben dieser von Kossau dirigierten Wirrtöpfe.

Die Union soll von den Kommunisten planmäßig an die Straße genommen werden. Das „Kuh-Echo“ läßt es, daß die APD, die „planmäßige Schulungsarbeit“ in der Union aufnehmen müsse, weil deren Leitung „so sehr mit gewerkschaftlicher Arbeit belastet sei! Die Union selbst läßt ebenfalls dem Bergarbeiterverband schärfsten Kampf an. Diese Scheinrevolutionäre geben im „Freien Bergarbeiter“ vom 8. September folgende Parole heraus:

„Sofortige Aufnahme der Verbindung mit der Union der Hand- und Kopfarbeiter, wo das noch nicht geschehen ist. Durchführung der unionistischen Parolen. Den arbeitgemeinschaftlichen Verbänden müssen die Beiträge sofort gesperrt werden... Die schwersten Missetatungen sind im Gange. Es wird voraussichtlich zu den verwickeltesten und gefährlichsten Komplikationen kommen.“

Kameraden, ihr seht, wohin der Weg gehen soll! Seit überall, in jeder Jahreshälfte, auf dem Posten! Schämt euch, gewerkschaftliche revolutionäre Phrasen zu reden, deren Arbeit für Arbeiterinteressen ein Nichts ist gegen das, was ihr jahrzehntelang für euren Verband getan habt! Reicht den Straßenträgen die Roste vom Gesicht! Stellt fest, wie lange sie organisiert sind, was sie für die Arbeiterbewegung Fruchtbringendes getan haben. Fragt sie, wieviel Ueberarbeiternommen sie in den letzten Monaten verfahren haben und gebt sie der verdienten Lächerlichkeit preis. Nehmt euch ein Beispiel an dem Wort des „Kuh-Echos“:

„In der Geschichte rächt sich das Schwache furchbar. Wer mit seinem Gegner dadurch fertig zu werden glaubt, daß er ihm auf halbem Wege entgegenkommt, erreicht damit nur, daß die Forderungen und die Erfolge seines Gegners nur noch weiter wachsen.“

Kameraden, dies Wort von der Schwäche merkt euch! Handelt danach! Ist es nicht ein Skandal, daß die Rostauer Jehntausende von Kameraden, die jahrzehntelang Opfer über Opfer für ihren Verband gebracht haben, in der gemeinsamen Weise als Dummköpfe oder Verbrecher beschimpfen? Und das tun Leute, von denen ein großer Teil noch nicht das Ab gewerkschaftlicher Organisation begriffen hat! Laßt euch

Laßt euch hat an den Kläger 1708,44 „Mug“ zu zahlen und die Kosten des Rechtsstreites zu tragen.“

In der Urteilsbegründung wird einleitend gesagt: „Die Entscheidung des Rechtsstreites hängt allein davon ab, ob die von der Betriebsleitung ohne Einverständnis des Arbeiterrates verhängte Strafe gültig ist und daher vom Lohn abgezogen werden darf, oder ob bei der Verkündung der Eingeklagen die Betriebsvertretung in dem Sinne mitgewirkt hat, daß eine solche Strafe nicht zu Recht besteht, ob also bei Verkündung des Arbeiterrates der Arbeitgeber die Zustimmung desselben durch den Schlichtungsausschuss erlangen muß.“

diese dreidige Kampfesweise nicht geflossen, geht den Leuten die richtige Antwort! Wir brauchen wir stärkere Organisationen wie in der nächsten Zeit! Wir appellieren an euren oft bewährten Obedienz. Wir wissen, wie unanfechtbar es ist, sich mit solchen Gegnern herumzuschlagen. Und doch muß es sein! Unser Verband muß stark und geschlossen bleiben, damit er allen Stürmen der Zukunft gewachsen ist. Deshalb, Kameraden: Auf die Macht für den Verband!

#### Der Kampf der Bergproleten gegen Ueberarbeiternommen und Lohnabbau.

Unter dieser Ueberarbeiternommen im kommunistischen „Kuh-Echo“ vom 14. September ein Beschluß der Zahlstellenversammlung Kottbause veröffentlicht. In dem Beschluß, der angeblich gegen 5 (fünf) Stimmen gefaßt wurde, wird dem Verbandsvorstand das Mittrauen ausgesprochen und verlangt, das Abkommen zu kündigen. Das „Kuh-Echo“ bezog die Resolution des Beschlusses sofort aus diesem Beschluß, daß der Kampf gegen das Ueberarbeiternommen in allen Zahlstellen unseres Verbandes mit voller Schärfe einsetze. Wörtlich schreibt das „Kuh-Echo“: „So wie der Kampf in den Zahlstellen gegen das Ueberarbeiternommen, so jetzt dieser Kampf in den Zahlstellenversammlungen des Bergarbeiterverbandes jetzt mit aller Schärfe ein.“

Die Zahlstellenversammlung des „Kuh-Echos“ nimmt Resolutionen aus anderen Zahlstellen, die genau das Entgegengesetzte besagen und dem Vorstand das volle Vertrauen aussprechen, liegen zu Tausenden vor. Wir wollen hier nur einige Beispiele folgen lassen:

Die Zahlstellenversammlung der Zahlstelle Forst-Emmerich vom 10. September spricht dem Vorstand bezüglich der Ueberarbeiternommen das vollste Vertrauen aus, weil sie im Augenblick keinen anderen Ausweg sieht, die Produktion zu steigern.

Die Zahlstellenversammlung der Zahlstelle Duerenburg vom 10. September erklärt sich mit beiden Abkommen (Lohn- und Ueberarbeiternommen) vollkommen einverstanden und stellt sich geschlossen hinter den Vorstand.

Die Zahlstellenversammlung der Zahlstelle Linden vom 10. September spricht dem Vorstand für sein bisheriges und weiteres Handeln vollstes Vertrauen aus.

Die Zahlstelle Gelsenkirchen III heißt das am 24. August in Berlin abgeschlossene Abkommen betreffend Ueberarbeiternommen. Die Zahlstelle beurteilt ferner das wüste Beschimpfen der freigewerkschaftlichen Kameraden und Funktionäre durch die Unionisten und Nichtorganisierten. Es sind meist die Leute, die bis jetzt jeden Monat acht bis zehn Ueberarbeiternommen verfahren haben und durch das Abkommen nicht mehr so viel bekommen, wie sie es gerne möchten.

Nicht nur einzelne Zahlstellen, auch Komitees unserer Verbandsfunktionäre und Betriebsräte haben Resolutionen in denselben Sinne gefaßt. Die Vertrauensmänner und Betriebsobleute vom Bezirk Bochum nahmen folgende Resolution einstimmig an:

„Die heute, am 9. September 1922, im Gewerkschaftshaus Bochum tagende Konferenz der Vertrauensmänner und Betriebsobleute des Bergarbeiter Verbandes der Zeche Teufelbach für den Bezirk Bochum stellt sich voll und ganz hinter die Beschlüsse ihres Vorstandes.“

Auch unsere Vertrauensmänner und Betriebsräte im Bezirk Eichlinghofen haben am 14. September eine Konferenz gehabt und dort ihr einstimmig eine Resolution angenommen worden, die besagt, daß es Pflicht eines jeden organisierten Arbeiters sei, der Parole der Organisation Folge zu leisten.

Für dieses Mal müßten wir uns mit der Wiedergabe der angeführten Beschlüsse begnügen. Sie alle zu veröffentlichen geht nicht an, da der Raum unserer Zeitung uns dies nicht gestattet. Wir haben die Resolutionen aus diesem Grunde auch nur verkürzt gebracht.

Wir können feststellen, daß in den letzten Tagen eine erfreuliche Zunahme der Ueberarbeiternommen gemeldet wird. Das sagt natürlich den Kommunisten nicht in den From, denn es besteht die Gefahr, daß durch die Mehrförderung die wirtschaftlichen Verhältnisse sich bessern. Dann das eintritt, dann haben die Kommunisten ein wertvolles Agitations- und Aufputschmittel weniger und ihre Hoffnung, in Teufelbach die Diktatur der kommunistischen Partei aufzurichten, geht dann wieder einmal in die Brüche. Um dieses zu vermeiden, entfalten sie eine lebhafteste Propaganda gegen die Ueberarbeiternommen und den Verband.

Kameraden, schenkt den Vorschlägen keinen Glauben! Wahr die gewerkschaftliche Disziplin! Folgt überall der Parole eurer Organisation und tretet manhaft für dieselbe ein! Macht Front gegen die Piraten, die durch ihre wüste Hege das letzte Bollwerk der Arbeiterklasse, eure Organisation, zertrümmern! Nur durch Zusammenhalt bezwingt ihr die Gewalt!

#### Komödie eines Kommunisten.

Worte und Taten der Kommunisten geraten sehr oft in einen traffen Widerspruch. Im vorliegenden Falle handelt es sich um den Kommunisten und Unionisten J. Dittelskamp, Betriebsobmann der Zeche Präsident in Bochum. In kommunistisch-unionistischen Versammlungen nimmt er in der Regel den Mund so voll, daß man annehmen möchte, er ist der Mann, der Bäume aus der Erde reißt. Dem ist bei weitem nicht so. Nur der Zeit hat man sich an die kommunistischen Phrasen gewöhnt und läßt die Leute so lange und so viel dummes Zeug reden wie sie wollen. Je größer die Dummheit, die ein Kommunist und Unionist verzapft, je höher steigt er im Ansehen bei den indifferenten Massen.

Daß der Betriebsobmann J. Dittelskamp im hohen Ansehen bei den Massen steht, beweist die Tatsache, daß er auf der Konferenz, die von der Union ohne Kopf einberufen, am 7. September in Gelsenkirchen in der Stadthalle tagte, als deren Leiter bestimmt war. Er steht somit an der Spitze der Kommunisten und Unionisten. In dieser Konferenz redete er das große Wort gegen die „Verräter“, die Verhandlungsorgan, und gab die heilige Versicherung ab, das Ueberarbeiternommen der Arbeitsgemeinschaft im Ortus verschwinden zu lassen. Er half auch Beschluß fassen, die eine direkte Abgabe an die Arbeitsgemeinschaft bedeuten. Das war allerdings in Gelsenkirchen unter seinen Genossen. Diese Beschlüsse hatten für ihn jedoch nur so lange Geltung, wie er im Logenlokal in Gelsenkirchen weilte. Juridisch ist von der revolutionären-unionistisch-kommunistisch-unionistischen Konferenz nach Bochum, in aus dem Saal aus Paulus geworden. In einer Delegatensammlung der Zeche Präsident verbandete er nicht das Evangelium der Gelsenkirchener Konferenz, sondern empfahl der Delegatensammlung, die von der Arbeitsgemeinschaft vereinbarten Ueberarbeiternommen zu verfahren! Er fügte dem noch hinzu, die Delegatensammlung hätte jetzt kein Recht, anders zu bestimmen. Mit sichtbar innerer Freude und Beugung schloß sich sein „Rechtsberater“, das kommunistisch-unionistische Betriebsratsmitglied Emil Jallus, seinem Urteil an. Ein alter Kumpel, der in der Delegatensammlung diese Handlung der beiden Kommunisten deutlich merkte, bis einen langen Brum ab und meinte: „O diese Schlemich... und Komödianten zugleich!“

Ein anderer sagte: „Das sind KPD-Beute, die von Kossau aus so aufgeschwatzt worden sind!“ Ein dritter warf hinzu: „Der Beschluß in Gelsenkirchen ist nur deswegen gefaßt worden, um die organisierten Bergarbeiter von dem Verlassen der Ueberarbeiternommen abzuhalten, damit für die Unionisten genügend Ueberarbeiternommen übrig bleiben und sie nicht zu kurz kommen. Die Unionisten haben alle einen großen Ueberarbeiternommen!“ Jetzt geht mir ein Licht auf!“ jagte ein stiller Zuhörer, setzte seinen Hut auf und verließ die Versammlung.

Auf Jede Präsident verfährt die ganze Delegatensammlung die vereinbarten Ueberarbeiternommen und die revolutionären Kumpels machen mit großer Freude mit. In der nächsten Zeit wird wieder eine große Betriebsratskonferenz der Kommunisten, Unionisten und Syndikalistischen stattfinden und die Komödianten von Zeche Präsident werden über den „Verrat“ der Fougons das schärfste Gericht aufsetzen. Als Anerkennung für gute Strategie werden sie zu Ehrenpräsidenten von der Konferenz ernannt. Ehre, wenn Ehre gebührt!

Bei der Entscheidung hat sich das Gericht auf den von der Wirtschaft vertretenen Standpunkt, wie in einer Abhandlung von Dr. Platow in der „Reinen Zeitschrift für Arbeiterrecht“, Heft 9/10, Seite 433, berufen, gefaßt. Hierfür war einmal maßgebend der Wortlaut des § 20 Abs. 3 des BRRG, der, wenn man ihn ungesungen und ohne weitere Erläuterungen liest, gar nicht anders verstanden werden kann, als daß die Festsetzung der Eingeklagen gewissermaßen durch die Betriebsräte und den Arbeitgeber erfolgen sollte. Ferner hat maßgebend die Tatsache, daß der Absatz 2 im § 20 gerade um deswillen eingefügt ist, um den seit Jahren geltenden Forderungen der Arbeiter entgegen zu kommen, daß bei der Festsetzung der Eingeklagen Gewinne

zu leisten. Aufschlaggebend war aber vor allem die Erwägung, daß gerade diese Bestimmung über die gemeinsame Festsetzung der Einzelstrafen allein in den Rahmen des Betriebsratsgesetzes paßt, allein mit dem Betriebsratsgesetz verfolgten Zweck und sozialen Gedanken dient, eine Zusammenführung der Arbeitnehmer mit der Arbeitgeberseite auf der Grundlage der Gleichberechtigung zu schaffen, den Grundgedanken des Artikels 165 der Reichsverfassung durchzuführen, daß die Arbeiter und Angestellten gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mitzuwirken haben."

Die vom Berufsgericht gefällte Entscheidung ist einseitig und rechtskräftig. Diese stillen, aber ersäufende praktische Arbeit zeigt mit aller Deutlichkeit, daß der Bergarbeiterverband auf dem Gebiete der Betriebsdemokratie bahnbrechend vorgeht. In der klaren Erkenntnis des Ziels, in der intensiven Verfechtung desselben, in der Begründung liegt der Sieg!

### Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

#### Streik der Hieslerleger im Ruhrgebiet.

Die Hieslerleger im rheinisch-westfälischen Industriegebiet sind am 11. September in den Streik getreten. Durch das brisierende Verhalten der Arbeitgeber beim Abschluß eines neuen Tarifvertrages sind die gestrigen Wahlen, auf der ganzen Linie die Arbeit einzustellen. Die Streikleitung ersucht alle organisierten Arbeiter, Druck zu geben, daß auf keiner Baustelle von irgendeinem Kollegen Platzarbeiten ausgeführt werden.

#### Der christliche Landarbeiterverband.

An dessen Dienst Jentzschleute wie Deutschnationale tätig sind, berichtet die Mitteilung, daß er Unterstellungen von Unternehmenseite erhalten habe. Was von dieser Berichtigung zu halten ist, geht aus folgendem Schreiben des Vorsitzenden der landwirtschaftlichen Arbeitervereinigungen Sachsens hervor:

„28. Januar 1922. Herrn Sekretär .... In Verfolg der Besprechungen mit Herrn Krosigk hat der Vorstand des Arbeitgeberverbandes bezw. Landbundes beschlossen, Ihnen insgesamt 10.000 M. zur Verfügung zu stellen. Jedemfalls erwarten wir nunmehr bei den außerordentlichen Mitteln, mit welchen wir Ihrer Bewegung unter die Arme gespart haben, daß in nächster Zeit Erfolge sichtbar werden und das was so mehr, als leider gegen Ihre Tätigkeit hier von Seiten des Geschäftsführers des Arbeitgeberverbandes Stimmung gemacht wird. Wir hoffen deshalb, daß Sie durch Ihre Tat zeigen, daß diese Behauptungen in keiner Weise zutreffen.“

### Aus der Genossenschaftsbewegung.

#### Der Nutzen der Lebensversicherung.

Der Bergmann F. S. aus Gamborn, 26 Jahre alt, kam im Monat August durch einen Betriebsunfall zu Tode. Vorzeitig hatte er sein Leben bei der Volksfürsorge am 1. Januar 1922 mit einer jährlichen Beiträge von 100 M. abgeschlossen. Die Versicherungssumme von 5000 M. ist ihm innerhalb der Versicherungsdauer von 242 M. Prämien entrichtet. Die Volksfürsorge war dadurch in die angenehme Lage versetzt, seiner Frau den Versicherungsbetrag auszuzahlen und damit die erste Not zu lindern.

Ein weiterer Unglücksfall ereignete sich beim Baden. Der Fabrikarbeiter A. S. aus Reiderich, 20 Jahre alt, hatte sich am 1. Dezember 1921 ebenfalls mit 5000 M. versichern lassen. Nach einer sechsmonatigen Prämienzahlung im Gesamtbetrag von rund 34 M. ereilte ihn der Tod. Seinem empfangsberechtigten Vater wurde die Versicherungssumme ausgezahlt.

Sehr Unfälle müssen allen Erwerbstätigen eine Lehre sein, sich zu versichern. Bei den jetzigen Verhältnissen sind Versicherungssummen von mindestens 10.000 M. zur Deckung der Kosten notwendig, die ein Todesfall verursacht. Zwei blühende Menschenleben, die am allerwertvollsten jetzt schon mit ihrem Tode rechnen, sind dahingerafft. Koch tritt über den Tod den Menschen an! Darum versichert euch und zwar ausreichend bei der Volksfürsorge. Alle Rechnungsstellen der Volksfürsorge erteilen Auskunft und nehmen Versicherungsanträge entgegen.

### Internationale Rundschau.

#### Ein Gehalt schwedischer Arbeiter an Deutschland.

Der Kongreß der schwedischen Gewerkschaften, der Anfang September stattfand, hat beschlossen, auf die dem schwedischen Gewerkschaftsbund von den deutschen Gewerkschaften zuzuführenden 600.000 Kronen zu verzichten. Der Beschluß wird damit begründet, daß die deutschen Gewerkschaften anlässlich des großen schwedischen Streiks im Jahre 1909 ebenfalls 1 1/2 Millionen Mark zu Unterstützungszwecken zur Verfügung stellten und daß somit die Streichung der Schuldsumme gewissermaßen als Vergeltung zu betrachten ist. Die Summe von 600.000 Kronen entspricht nach dem augenblicklichen Stand der Währung rund 216 Millionen deutscher Mark.

Dieser Beschluß der schwedischen Gewerkschaften wird von der deutschen Arbeiterbewegung mit Freuden begrüßt werden. Man möge sich bei der Gelegenheit aber auch daran erinnern, in welcher unerschämten Weise die bürgerlichen Blätter immer über die Verflechtung deutschen Geldes ins Ausland gezeigert haben, wenn die deutschen Arbeiter ausländische Arbeitskämpfe unterstützen. Welchen Spottfall haben sie noch jüngst über den Beschluß des Internationalen Bergarbeiterkongresses gemacht, die amerikanischen Bergarbeiter zu unterstützen! Obiges Beispiel zeigt, wie auf frühere deutsche Unterstellungen angewandt waren.

#### Die Kommunisten spalten die schwedischen Gewerkschaften.

Wie wir in der „Gewerkschaftlichen Rundschau“ herausgegeben von der Zentral-Gewerkschaftskommission der deutschen Gewerkschaften in der Tagespost, Nr. 13 vom 1. September) lesen, haben am 18. August die dem Träger Zentralgewerkschaftsrat angegliederten Gewerkschaften, in denen die Kommunisten den Ausschlag geben, beschlossen, die Zahlung der Beiträge an die schwedische Gewerkschaftskommission einzustellen. Gleichzeitig wurden die kommunistisch geführten Ortsgruppen der übrigen Verbände aufgefordert, keine Beiträge an ihre Zentralleitungen abzuführen. In nächster Zeit soll eine kommunistische Gewerkschaftstagung stattfinden, wo die Errichtung eines Bundes der zur Moskauer Gewerkschaftsinternationale gehörenden Verbände und Gruppen beschlossen werden soll.

Auch ein Beweis dafür, wie die Herrschaften von der dritten Internationale die „Einheitsfront des Proletariats“ auflassen.

#### Wie die Arbeiterbewegung in Sowjetrußland bekämpft wird.

Eine Korrespondenz des „Sozialistischen Boten“ aus Tula schildert in drastischer Weise die Mittel und Methoden, mit denen die kommunistischen Sowjetbehörden jede selbständige Bewegung der Arbeiterklasse niederzupressen und auch die elementarsten Rechte der Arbeiter mit Füßen treten. In Tula, einem der wichtigsten Fabrikzentren Rußlands, finden gegenwärtig umfangreiche Betriebsstreikaktionen statt. In der Waffen- und Patronenfabrik allein wurden 1.500 Arbeiter entlassen. Demnach liegt die Entlassung von 4000 Arbeitern bei diesen Betriebsstreikaktionen hat nun die kommunistische Verwaltung die Gelegenheit benützt, um die ihr in politischer Hinsicht als „unzuverlässig“ erachtenden Arbeiter auf die Straße zu werfen. Etwa 50 Arbeiter wurden auf diese Weise, entgegen allen Vorschriften, entlassen. Sie appellierten an alle in Frage kommenden Instanzen, darunter auch an das Bezirkskomitee des Metallarbeiterverbandes in Tula. Selbst die dort findenden Kommunisten mußten anerkennen, daß die Entlassungen unbedenklich waren und daß die Betriebsverwaltung infolgedessen die Arbeiter wieder einstellen müsse. Die Folge dieses Einspruches war, daß eine Sitzung des Bezirkskomitees mit den Arbeitslosen andernorts wurde. Aber einige Tage vorher wurden plötzlich 30 dieser Arbeitslosen verhaftet und ins Gefängnis gesperrt. Gleichzeitig wurden fünf weitere „unzuverlässige“ Arbeiter aus dem Betriebe verhaftet und nun sitzen 20 Proletarier bereits mehrere Monate im Gefängnis, während ihre Familien dem Hungerlohn preisgegeben sind. Jemandem Schuld kann ihnen nicht nachgewiesen werden; die Anklage gegen sie lautet auf „sozialistische Agitation“, es sind aber nicht die geringsten Anhaltspunkte vorhanden, um diese Anklage irgendwie zu erhärten. Ein Teil der Verhafteten ist bereits in den Hungerstreik getreten und fordert die Befreiung der Unterjochten. Am dritten Tage des Hungerstreiks „berichtigte“ der Untersuchungsrichter die Befragten mit dem Hinweis, daß die weitere Untersuchung nicht länger als zwei Monate dauern würde. Nach der erwähnten Verhaftung haben im Gefängnis zu Tula seit April etwa 20 Eisenbahner, die bei der vor kurzem eingeleiteten Umformung der Gewerkschaften für eine energischere Verteidigung der Arbeiterinteressen der Arbeiter eingetreten waren, auch hier in die Lage ganz allgemein gehalten; die lauschartige Formel der „sozialistischen Agitation“ gibt den kommunistischen Sowjetbehörden die Möglichkeit, auf beliebige Zeit unerschöpflich zu machen.

„sozialistische Agitation“ gibt den kommunistischen Sowjetbehörden die Möglichkeit, auf beliebige Zeit unerschöpflich zu machen.

In welchen Mitteln die kommunistischen Behörden überragend greifen, um die aus dem Gefängnis entlassenen Arbeiter von jeder Teilnahme an der Arbeiterbewegung fernzuhalten, zeigt folgendes Dokument:

„Unterschriftliche Verpflichtung der Maschinenfabrik .... Nr. ....  
 „Mit Gegenwärtigem verpflichte ich mich durch Unterschrift: 1. daß ich bei Wiederaufnahme der Arbeit in der Maschinenfabrik in Zukunft meinen Verpflichtungen unter den Bedingungen des Arbeitsvertrages im Betrieb in der gewissenhaftesten Weise nachkommen und die besten, größtmöglichen Resultate der Produktion erzielen werde; 2. daß ich aufrichtig und gewissenhaft jede Beteiligung an Versuchen ablehne, eine Streikbewegung zu beginnen und zu führen, oder die Produktion im Betriebe auf irgendeine Weise zu verringern oder zu sabotieren; 3. daß ich an keinen Sitzungen oder Versammlungen teilnehmen werde, die zum Streik oder zur Verringerung der Arbeitsleistung in Betriebe führen könnten; 4. daß ich im Falle der Nichterfüllung der obengenannten Punkte aus eigener Rechtskenntnis erkläre, daß die Sowjetgewalt in diesem Falle verpflichtet ist, gegen mich als einem böswilligen Verächter und Feind der Arbeiter- und Bauernsache die härtesten Strafmaßnahmen zu ergreifen.“

Diese schriftliche Verpflichtung wurde in zahlreichen Fällen von den verhafteten Arbeitern erpreßt. Ein weiterer Beweis dafür, daß die kommunistischen Sowjetbehörden sich nur mit den Mitteln des Terrors und eines unerhörten Zwangsanges an der Macht erhalten.

#### Wie lebt der russische Arbeiter?

Neuerdings erzählt man auf kommunistischer Seite, daß die russischen Arbeiter jetzt das Schlimmste überstanden hätten, daß ihre Lage sich allmählich bessere. Wie sieht es damit? Die Menge der Sowjetrußland, die der Arbeiter ausgezahlt erhält, ist zwar gestiegen, ihre Kaufkraft jedoch gesunken. Nach dem amtlichen russischen Gewerkschaftsblatt „Trud“ (Die Arbeit) - 1922, Nr. 89 - betrug der monatliche Durchschnittslohn in Vorkriegsrußland:

1921 November	10,88 Rub.	100,0 %	1922 Januar	7,79 Rub.	72,0 %
Dezember	8,80	81,5	Februar	6,71	61,2
			März	4,26	39,0

Nach Sowjetrußland gemessen sind die russischen Arbeiter Millionäre. Wie aber die Preise gestiegen sind, geht aus folgendem, ebenfalls vom „Trud“ (Nr. 110) gebrachter Zusammenstellung hervor:

1921 Nov.	100,0 Rub.	100,0 %	1922 März	116,4 Rub.	564,5
Dez.	137,0	100,0	April	251,7	854,3
1922 Januar	275,4	253,5	Mai	5000,0	1520,0
Februar	528,3	128,8			

In der genannten Zeit stiegen also die Preise um das 50fache, die Lohnsätze jedoch nur um das 15fache. Der Reallohn des russischen Arbeiters sank in dieser Zeit also auf 30 Proz. Legt man jedoch den Durchschnittslohn der Vorkriegszeit zugrunde, der auf 22,83 Rubel gerechnet wurde, so ergibt sich, daß der Reallohn auf 15 Prozent herabging. Im Juni und Juli hielt der Reallohn sich auf derselben Höhe; im August ist jedoch eine weitere Senkung eingetreten.

### Aus dem Kreise der Kameraden.

#### Oberbergamtsbezirk Dortmund.

#### Betriebsratskonferenz für Rheinland-Westfalen?

Einer Veröffentlichung des Bezirkssekretariats des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes entnehmen wir: Beim Bezirkssekretariat gingen Anträge ein, für den Bezirk Rheinland-Westfalen einen Betriebsratskongreß oder eine Konferenz der Ortsausschüsse einzuberufen. Das Bezirkssekretariat kann auf Anträge, die von Betriebsräten einzelner Werke gestellt werden, nicht auf eingehen. In den von Vollversammlungen oder Zentralräten der Betriebsräte gestellten Anträgen muß das Bezirkssekretariat nach eingehender Beratung mit den Sekretären der Ortsausschüsse unter Einziehung von Vertretern der Konsumgenossenschaften eine ablehnende Stellung einnehmen, weil von solchen Konferenzen keinerlei praktische Ergebnisse zu erwarten sind. Eine solche Aufgabe, wie die Bekämpfung der gegenwärtigen Leertung und der damit verbundenen Verelendung der minderbemittelten Bevölkerung kann in großen Konferenzen nicht bewältigt werden.

In den Anträgen, heißt es weiter, werde vielfach Bezug genommen auf Kämpfe der Vorgänger. Diese gehen aber nur in einem Punkt (Arbeiterregierung) über die Vorschläge hinaus, die die Spitzenorganisation der Reichsregierung unterbreitet haben. Warum besteht man sich auf Kämpfe, statt auf die Spitzenorganisation? In Opaden wurde ein Anschlag getätigt für die Einberufung einer Bezirkskonferenz. Von diesem Anschlag ging am Abend des 13. September beim Bezirkssekretariat ein Antrag auf Einberufung einer Betriebsratskonferenz ein. Antwort wurde bis zum 14. September verlangt. Ohne diese Antwort abzuwarten, trat der Ausschuss mit anderen Ortsausschüssen des ADGB in Verbindung. Solche Methoden wurden bisher in den freien Gewerkschaften als illegal, um keinen härteren Ausdruck zu gebrauchen, bezeichnet und der ruhig und überlegen denkende Teil der Gewerkschaftsmitglieder wird solches Verhalten mißbilligen. Sollen solche Methoden nicht alle guten Sitten verderben, dann darf dieser Teil der Gewerkschaften nicht mehr tatenlos zusehen, sondern muß auch in den Versammlungen seine energische Ablehnung zum Ausdruck bringen.

Die Beschaffung einer wilden Betriebsratskonferenz, kommt natürlich für die freien Gewerkschaften, die es gut meinen mit der Organisation, nicht in Frage.

#### Verbandsjubiläum.

Sein 33jähriges Verbandsjubiläum beging am 1. Juli der Kamerad Franz Hoffmann. Mit 23 Jahren trat er dem Verbands bei, manchen Kampf hat er bestritten. Kein Weg war ihm zu weit, keine Arbeit zu viel für die Interessen des Verbandes. Lange Zeit war er Verkaufsmann und Beisitzer am Berggewerbegericht. Ueberall hat er seinen Mann gestanden. Das 33jährige Verbandsjubiläum beging am 1. Januar der Kamerad Fritz Hübnert. Mit 29 Jahren trat er dem Verbands bei und hat immer seine Pflicht getan, wenn es galt, die Interessen des Verbandes zu wahren. Wir wünschen beiden Kameraden, daß sie das 50jährige Verbandsjubiläum in derselben geistigen und körperlichen Frische feiern und daß sie manchem anderen Kameraden zum Vorbild dienen mögen. Auf diesem Wege rufen wir ihnen ein herzliches Glück auf zu.

Die Ortsverwaltung der Zählstelle Duer-Sessel.

#### Einen Besuch Lütticher Metallarbeiter

Dort im Reichsbahnhof am 3. September. Wir lassen hier einen Teil des Besuchs folgen, den die Lütticher Freunde über die Reise in ihrer Presse veröffentlichten. Aus ihr geht hervor, wie nützlich und notwendig solche internationale Verbindungswirkungen sind. Der Bericht lautet: „Die deutschen Kameraden begrüßten die Lütticher Sektionsleiter herzlich. Nach kurzer Zwischenmahlzeit begaben sich die Besucher zu dem Sitz des deutschen Bergarbeiterverbandes, wo sie den zweiten Vorsitzenden Friedrich Bader und die Sekretäre August Böhrer und Fritz Viktor fanden. Dies ist ein großes und schönes Haus, ausschließlich allem gewidmet, was an der Verteidigung der Interessen des Bergproletariats arbeitet. Unsere Freunde sahen sich alle Säle und alle Büros an, wie auch die Druckerei, wo die „Bergarbeiter-Zeitung“ hergestellt wird und zwar wöchentlich in 450.000 Exemplaren. Abdominieren sich die Lütticher und deutschen Kameraden in dem großen Beratungssaal und nahmen an einem sehr lehrreichen Austausch der Eindrücke teil. Nachdem die Unterhaltung des Systems der Organisation und Verwaltung des großen deutschen Zentralverbandes bis in alle Einzelheiten behandelt hatte, beschloß die sich mit der Lage, die sich aus der zusammenhängenden Politik der Lütticher gegenüber Deutschland resultiert in Bezug auf die Reparationen. Man kann nicht ohne Erschütterung an den Verhältnissen, sondern den Zustand denken, in welchen die Arbeiterbewegung an dem anderen Rheinufer jeden Tag aufs neue verkehrt wird. Josef Dejarbin hat hier bereits die befristeten Ausschüsse mitgegeben. Wir werden an dieser Stelle nicht darauf zurückkommen, möchten jedoch zwei Ziffern in die Erinnerung zurückrufen. Ein Metallarbeiter verdient im Mittel gegenwärtig 400 M. täglich. Das Programm der schillernden Margarine kostet nicht weniger als 300 M. Die deutschen Kameraden müssen wieder wie im ersten Jahre haben und die tägliche Produktion ist nicht größer als 200 Gramm für die Person.“ Nichts besser als dieses Beispiel den Grund der Not, auf Grund deren die Bergarbeiter Deutschlands kämpfen.

Es würde uns schwierig sein, nicht noch einmal mehr zu versichern, daß wir nicht wollen, daß die Reparationen nichts als Betrug seien. Wir erwarten, daß die Maßnahmen, die in diesem Zusammenhang ergriffen werden, nicht zur Folge haben, die deutschen Bergarbeiter unter das Schwert und härteste Sklaveneid zu zwingen. Nein, der Frieden, den wir wollen, darf sich nicht gegen die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse wenden und durch eine maßlose Ausbeutung uns in die aller schlimmsten Konflikte bringen. Der Frieden wird nur in einer Welt andrehen, wo Gerechtigkeit und Brüderlichkeit herrschen. Dieses hat im Namen der Lütticher Delegation in einer lebhaften und kräftigen Anfrage unser Freund Delbigne ausgeführt als Antwort auf die Anfrage der deutschen Kameraden, welche ihre tiefe Erregung nicht verborgen hatten.

Es war ziemlich 9 Uhr abends geworden, als unsere Freunde die Zentrale des Bergarbeiterverbandes verließen, um sich nach dem Gewerkschaftshaus zu begeben. Sie besuchten am folgenden Tage die Krupp'sche Fabrik in Essen und den berühmten Rheinhafen bei Ruhrort."

### Irrerführung der öffentlichen Meinung durch die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“.

In einem in Nr. 215 vom 3. September „Die Last der Deputatkosten“ überschriebenen Artikel gibt genannte Zeitung ein Schreiben wieder, welches ihr von einer Person zugegangen ist, die angeblich einer kleineren rheinisch-westfälischen Bergwerksbesitzung mit ungefähr 250 Mann Belegschaft „nahesteht“. In diesem Schreiben wird eine Befragung der Belegschaft auf Grund der vom Belegschaftsverband beschlossenen Deputatkostenleistungen konstruiert, die der Arbeitnehmervertreterpartei gänzlich unbekannt ist und für die der Tarifvertrag sicherlich nicht verantwortlich gemacht werden kann. Die Belegschaft hat angeblich keine eigene Kasse. Die Belegschaften fordern aber von der Belegschaftsverwaltung die Lieferung von gewöhnlichen Ausgehenden IV im Sinne des Deputatkostenabkommens. Dadurch würde die Belegschaftsverwaltung gezwungen, die geforderten Ausgehenden IV von einer benachbarten Zeche zu kaufen, um die Mengen abzubauen den eigenen Bergleuten als Deputatkosten anzuliefern (je Tonne zu 524,70 M.). Die Zeche müßte monatlich etwa 70 Tannat Ausgehenden IV ankaufen. Außerdem bestände die Verpflichtung, die Rohlen frei Haus zu liefern. Dadurch bestände der Zeche ein monatlicher Verlust von 400.000 bis 500.000 M.

Dazu müssen wir sagen: An Leichtfertigkeit und Falschheit übertrifft das Schreiben die in dieser Frage bisher schon von verschiedenen Seiten gegebenen unrichtigen Darstellungen. Wenn diese Person der Zeche wirklich nahesteht, dann hätte sie, ehe sie über solche Sachen schreibt, u. E. doch die Möglichkeit und auch die Pflicht, sich über die in Frage kommenden tariflichen Bestimmungen genau zu informieren. Hätte sie das getan, dann hätte sie so nicht schreiben können, wenigstens nicht ohne besseres Wissen. Der Vorwurf der Leichtfertigkeit ist also berechtigt und der der Falschheit ebenfalls, denn es ist falsch, angeblich der oben schon zitierten Belegschaftsverbandsmitgliede diese Forderung noch durch solche unwahren Darstellungen zu erhöhen.

Aber auch die „Bergwerks-Zeitung“ ist nicht frei von Schuld. Sie als Organ des Bergbaues hat doch sicher Gelegenheit, sich zu informieren über den wirklichen Sachverhalt. Das hat sie anscheinend auch nicht getan, deshalb gilt der Vorwurf auch für sie.

- Wir stellen fest:
1. Nach allen bis jetzt ergangenen tariflichen Bestimmungen bezüglich der Deputatkostenbeteiligung ist eine löhnenfördernde Zeche nicht gezwungen, von einer anderen Zeche Rohlen zu kaufen und diese als Deputatkosten an die Belegschaft abzugeben.
  2. Nach den unter 1. erwähnten tariflichen Bestimmungen besteht keine Verpflichtung, die Rohlen frei Haus zu liefern.
- Zur das die Zeche freiwillig oder auf Grund anderweitiger Vereinbarung oder Instruktion, so geht das nicht zu Lasten des Tarifvertrages bezw. des tariflichen Deputatkostenabkommens.

#### Oberbergamtsbezirk Bonn.

#### Kamerad Pfeiffer †.

Auf bisher nicht aufgeklärte Weise verunglückte in der Grube unser Kamerad Pfeiffer. Er hinterläßt Frau und sechs Kinder. Er war für die Organisation stets eifrig tätig. Sein Andenken werden wir in Ehren halten. Zählstelle P. u. H.

#### Matthias Josef Meegen †.

Wieder hat der Tod einen unserer Besten gefolt. Aus den Tiefen der Erde wurde unser Kamerad schwer verletzt zutage gefördert, wo er nach einigen qualvollen Stunden starb. Er war trotz Sorge und Not einer der Treuesten unserer Zählstelle. Auch ihm war es nicht vergönnt, das Ziel zu sehen, für das er lebenslang stritt. Die Zählstelle wird sein Andenken in Ehren halten. Zählstelle Würfelten.

#### Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

#### Zählstelle Gerücht.

Im Bornaer Revier ist das Gerücht verbreitet, der in Ransdorf wohnende Kamerad Müller habe sich um eine Stelle bei den Christlichen Gewerkschaften beworben. Durch dieses Gerücht ist Kamerad Müller außerordentlich geschädigt worden. Wir stellen fest, daß sich um einen Posten bei den Christlichen Gewerkschaften nicht der Kamerad Müller aus Ransdorf, sondern ein anderer Kamerad Müller aus dem Weeslauer Revier beworben hat. Dieser Müller gehört dem Verband der Maschinen- und Feigler an.

### Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 38. Woche (vom 17. bis 23. September) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

#### Hilfsvereinigungen.

Gesellschaft I. Vom 15. 9.—1. 10. — Gadelhoven. Vom 24.—30. 9.  
 Auf Antrag der Zählstelle Gerdsdorf sowie der Bezirksleitung Luga wird das in Nr. 18 von 1921 der „Bergarb.-Ztg.“ wegen Missbrauch und Nichtbeachtung der Generalversammlungsbeschlüsse aus dem Verbands ausgeschlossen Mitglied Max Fritzsche (Gawstr. 113 525), nachdem dieser schriftlich erklärt hat, in Zukunft die Bestimmungen des Verbandsstatuts sowie die Beschlüsse der Verbandsinstanzen und der Generalversammlung zu beachten und danach zu handeln, hiermit wieder in seine alten Rechte eingeleitet.

Gesucht wird von Wagbeurg aus der Bergmann Richard Winter. Wer seine Wohnung oder seine Arbeitsstelle kennt, wird gebeten, Mitteilung an die Expedition der „Bergarb.-Ztg.“ zu machen.

Warnung. Es wird das Gerücht verbreitet, Unterzeichner habe behauptet, daß die Ortsverwaltung der Zählstelle Kleinfäulebernt sich an Verbandsbeiträgen bereichere. Ich erkläre dieses Gerücht als unwahr und warne vor Weiterverbreitung, da ich sonst gerichtlich vorgehen muß. Die Verbreiter des Gerüchtes bitte ich mit der Ortsverwaltung namhaft zu machen, damit dieselben gerichtlich belangt werden können. Zählstelle.

### Pöstkarten mit Bild von Otto Hue

(Preis 2 und 3 M.) zu beziehen von H. Hausmann & Co., Bochum.

Neu erschienen! 207 Seiten  
**Meine Seele**  
 Für Mitglieder 28 Mark im Buchhandel  
**angf!** 40 Mark  
 Gedichte von Viktor Kalinowski  
 Zu beziehen von H. Hausmann & Co., Bochum, Wiewelhauserstr. 38-42!

Was die Ruhr mir lang Gedichte v. H. Rumpfen, 3 Bände.  
 Was die Ruhr mir lang Gedichte v. H. Rumpfen, 3 Bände.  
 Was die Ruhr mir lang Gedichte v. H. Rumpfen, 3 Bände.